

DER OBERSTADTDIREKTOR

OStD/10 RdSt-1 Schu/2108

Drucksache-Nr.  
1390

107

Datum  
21.09.1995

ANTRAG der Fraktion  
Bündnis 90/Die Grünen

öffentlich

Zur Sitzung des

Sitzungstermin

Rates der Stadt

02.10.1995

Betreff

Umbenennung des Amtes Gleichstellungsstelle für Frauenfragen in Frauenamt

Inhalt

Beschlußentwurf:

~~Das Amt Gleichstellungsstelle für Frauenfragen wird umbenannt in Frauenamt.~~

Begründung:

Die Gleichstellungsstelle für Frauenfragen ist de facto ein eigenständiges Amt. Im Oktober diesen Jahres feiert es sein zehnjähriges Bestehen. Dies sollte der Rat der Stadt Duisburg zum Anlaß nehmen, das Amt durch passende Namensgebung aufzuwerten.

Es ist ja ein Amt, das für die Umsetzung der Gleichberechtigung von Frauen arbeitet; weshalb sollte man es dann nicht mit dem Namen versehen, den es verdient? Zum Jubiläum steht es Duisburg gut an, sich fortschrittlich zu zeigen und zur Imageverbesserung beizutragen, indem es als zweite Stadt in NRW ein Frauenamt hat (nach Köln); zumal die Gleichstellungsstelle in Duisburg eine der ersten war, die in NRW gegründet wurden.

Der Name Frauenamt ist darüber hinaus eindeutiger und bürgerinnenfreundlicher als Gleichstellungsstelle für Frauenfragen; dieser Bandwurmbegriff dürfte unter anderem auch abschreckend wirken.

Aus diesen Gründen bitten wir den Rat um Zustimmung zu der Namensänderung.

**Beratungsergebnis**

Gremium	Sitzung am	TOP
Rat der Stadt	02.10.1995	55

- abweichender Beschluß, s. Rückseite -

## B e r a t u n g s e r g e b n i s

(öffentliche Sitzung des Rates der Stadt am 02.10.1995)

Ratsfrau Fritzen - GRÜNE - begründete den Antrag ihrer Fraktion. Es gehe im wesentlichen darum, nach 10jähriger Tätigkeit der Gleichstellungsstelle diesem Aufgabenbereich auch in der Namensgebung den Stellenwert zukommen zu lassen, der ihr gebührt. Sie unterstrich ausdrücklich die positive Arbeit in dieser Gleichstellungsstelle für die Stadt und für die Frauen in Duisburg.

Abschließend wies sie darauf hin, daß ihre Fraktion auch mit einer Bezeichnung wie "Frauenbüro" einverstanden sei, da dies auch ihrer Intention entspreche.

Gleichstellungsbeauftragte Freer bedankte sich für die positive Debatte zu der Gleichstellungsstelle der Stadt Duisburg. Bei der Messe "top 95" hätte sich gezeigt, daß das äußere Erscheinungsbild Stadt Duisburg sehr fortschrittlich sei. Jedoch sei die Namensgebung als verbesserungswürdig bezeichnet worden, woraufhin offensichtlich nun dieser Antrag vorgelegt werde. Die Gleichstellungsstelle bei der Stadt sei schon von je her ein Amt im organisatorischen Sinne. Von daher gebe es gar keinen Nachholbedarf.

Ratsfrau Pflug - SPD - unterstützte den Vorschlag, die Gleichstellungsstelle in Zukunft als "Frauenbüro" zu bezeichnen. Dies sei auch ein vielfältiger Wunsch der betroffenen Duisburgerinnen.

Ratsfrau Partenheimer - CDU - wies darauf hin, daß die Mehrzahl ihrer Fraktion dieser Umbenennung nicht zustimmen werde. Der Begriff "Frauenbüro" sei nach ihrem Dafürhalten nicht positiv besetzt; es würde semantisch eher auf eine Degradierung hinweisen. Allerdings könnte man im Rahmen des Prozesses zur Verwaltungsmodernisierung über eine Umbenennung nachdenken.

Letztlich würde die Umbenennung ja auch wiederum Kosten für die Stadt bedeuten, die die Stadt zu tragen hätte.

Bürgermeisterin Zielsing - SPD - machte darauf aufmerksam, daß der Begriff der "Gleichstellungsstelle" auch im zugrunde liegenden Gesetz genannt werde und deshalb auch bei der Benennung der Duisburger Stelle berücksichtigt werden sollte. Um gleichzeitig eine attraktive und kurze Bezeichnung zu ermöglichen, sollte die Gleichstellungsstelle für Frauenfragen um den Titel "Frauenbüro" ergänzt werden.

Oberstadtdirektor Giersch wies darauf hin, daß unabhängig von der Bezeichnung dieser Stelle die organisatorische Eingliederung unverändert bliebe und sich auch an der Kostensituation nichts ändere.

Ratsfrau Fritzen - GRÜNE - faßte die Diskussion dahingehend zusammen, daß es hier lediglich darum ginge, eine attraktive Eingangsbezeichnung zu finden, ohne daß die organisatorische Eingliederung verändert werde und ohne daß Mehrkosten entstünden.

Beschluß des Rates der Stadt

Der Rat der Stadt regt eine Ergänzung der Bezeichnung Gleichstellungsstelle für Frauenfragen um den Titel "**Frauenbüro**" an.

(OStD/10 RdSt-1)

Dafür : die Mehrheit (SPD, GRÜNE u. Ratsfrau Poll - CDU -)  
Dagegen: die Minderheit (CDU)